

Rede von François Mitterrand vor dem Europäischen Parlament (23. Mai 1984)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Mai 1984, n° 5. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_francois_mitterrand_vor_dem_europaischen_parlament_23_mai_1984-de-cdd42d22-fe8e-41bb-bfb7-9b655113ebcf.html

Publication date: 20/10/2012

<t1>Rede von François Mitterrand vor dem Europäischen Parlament (Straßburg, 23. Mai 1984)</t1>

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich wende mich heute an Sie in meiner Eigenschaft als Präsident des Europäischen Rates für das erste Halbjahr 1984.

Ich bin mir voll und ganz der Ehre bewußt, vor einer Versammlung zu sprechen, die 270 Millionen Frauen und Männer vertritt, die in Kürze erneut aufgerufen sind, in ihrem Heimatland den grundlegenden demokratischen Akt der Wahl eines Parlaments zu vollziehen.

Ich spreche zu Ihnen aber auch als französischer Europäer, der mit persönlichem Engagement jeden Schritt zur Entstehung Europas begleitet hat.

Im Mai 1948, genau drei Jahre nach Kriegsende, nahm der europäische Gedanke auf dem Haager Kongreß Gestalt an. Ich war dabei, und ich glaubte daran.

Als Robert Schuman 1950 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ins Leben rief, war ich dabei, und ich glaubte daran. Als 1956 unter ausgesprochen aktiver Beteiligung der damaligen französischen Regierung der Grundstein für den Gemeinsamen Markt gelegt wurde, war ich dabei, und ich glaubte daran. Heute nun, wo wir das Europa der Zehn aus seinen Zwistigkeiten herausholen und entschlossen in die Zukunft führen müssen, kann ich wiederum sagen: Ich bin dabei, und ich glaube daran.

Viele von Ihnen gehören meiner Generation an, haben dieselben Prüfungen durchgemacht, dieselben Hoffnungen geteilt, für dieselbe Sache gekämpft. Und viele von Ihnen, jüngeren Alters, sind von dem Willen beseelt, Europa die ihm von der Geschichte gebotene Größe zu geben und so den legitimen Interessen der Völker Europas zu dienen.

Eines sollte uns allen bewußt sein: Über unsere politischen Divergenzen und nationalen Rivalitäten hinaus wirken wir an einem ungeheuren Unterfangen mit, das die politischen bzw. geopolitischen Gegebenheiten weltweit grundlegend verändern wird. Allein dadurch, daß wir uns weiterhin in diesem Werk zusammenfinden, hat unser öffentliches Wirken seine Berechtigung, denn wir werden die Erde umg

estaltet haben.

Diese Begegnung hier in Straßburg war mein Wunsch. Zwar ist es ganz normal, daß der amtierende Präsident des Europäischen Rates das Parlament über den Stand seiner Arbeiten unterrichtet; dies wurde zu Recht auf dem Stuttgarter Gipfel zu einer Grundregel unseres Gemeinschaftslebens erhoben. Doch es geht mir hier um mehr als nur um die Beachtung eines Rituals: Wir müssen an unser Werk glauben und den festen Willen haben, es zum Erfolg zu führen.

Gewiß, die Gemeinschaft hat heute ihre ersten, aus dem Krieg abgeleiteten Ziele erreicht. Am Anfang galt es, die durch Gewalt und blutige Auseinandersetzungen verfeindeten Völker zu versöhnen, zu vereinen und in ein gemeinsames Werk einzubinden. Das ist getan. Jetzt aber stehen wir vor der Alternative, entweder die Entscheidung über das Schicksal aller Menschen, also auch über das unsere, anderen in oder außerhalb Europas zu überlassen oder aber alle Begabungen und Fähigkeiten, alle Kreativität, alle materiellen, geistigen und kulturellen Ressourcen, die Europa zu einer Zivilisation haben werden lassen, zusammenzufassen, damit es um mit einem Worte Walt Whitmans zu sprechen, das ich sehr schätze endlich zu dem wird, was es ist".

Unserer Entscheidung liegt ein einfacher Gedanke zugrunde. Keines unserer Völker, so reich seine Vergangenheit und so stark sein Lebenswille auch sein mögen, kann <ita>von sich aus</ita> die Gegenwart und die Zukunft der Menschheit entscheidend beeinflussen. Wir können es nur gemeinsam!

Im gegenwärtigen Stadium ist unser Schicksal jedoch noch völlig unbestimmt. Schon zu lange hält sich Europa mit lächerlichen Zwistigkeiten auf und verliert dadurch seine Ziele aus den Augen. Wir müßten aber handeln und erkennen, daß kein groß angelegtes europäisches Konzept Gestalt annehmen kann, solange es im Dickicht kleinlicher Unternehmen verfangen bleibt.

Um dem ein Ende zu setzen, wurde in Stuttgart eine Arbeitsmethode geschaffen. Sie hat sich in der Praxis bewährt. In Athen wurden die Ansätze für eine Einigung sichtbar, zu der es dann in Brüssel insbesondere auf agrar-, haushalts- und industriepolitischem Gebiet kam. Mit einer Ausnahme konnten alle strittigen Punkte geregelt werden.

Ein kurzer Blick zeigt, daß der Weg geräumt wurde und wir uns wieder vorwärts bewegen. Gewiß, die noch verbleibenden Meinungsunterschiede sind keineswegs bedeutungslos, doch entgegen den Befürchtungen vieler wurde dadurch der europäische Mechanismus nicht blockiert. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Zunächst einmal galt es, die gemeinsame Agrarpolitik, die unseren Ländern eine Lebensmittelproduktion von Weltniveau verschafft hat, den neuen Gegebenheiten anzupassen. Damit stellte sich das Problem der Überschüsse und in erster Linie der Milchüberschüsse. Um die Milchproduktion den tatsächlichen Absatzmöglichkeiten anzupassen, was die unabdingbare Voraussetzung für eine Preisgarantie ist von 104 Millionen t produzierter Milch werden nur 85 Millionen t abgesetzt, wurden unsere Landwirte in Brüssel zur Anpassung und Umstellung aufgefordert, wobei ihnen die Gemeinschaft zur Seite stehen wird, wie sie das schon in der Vergangenheit getan hat und wie es laut EWG-Vertrag ihre Pflicht ist. Was für die Milch gilt, muß aber auch für alle anderen Agrarerzeugnisse gelten.

Darüber hinaus wurden wichtige Beschlüsse gefaßt hinsichtlich der Währungsausgleichsbeträge, des Abbaus und Berechnungsmethoden, des Obst- und Gemüsesektors, der Agrarpreise unter Berücksichtigung der vorgeschriebenen Fristen sowie der Verhandlungen über Getreidesubstitutionsprodukte mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Beschlüsse treten jetzt in Kraft.

Ohne die berechtigten Befürchtungen der Agrarerzeuger beiseite geschoben zu wollen, meine ich, daß dies ein Sieg der Gemeinschaft über sich selbst ist. 27 Jahre nach ihrem Entstehen findet die gemeinsame Agrarpolitik zu ihren Grundzügen zurück, von denen sie nie hätte abweichen dürfen.

Wenige Wochen vorher war das ESPRIT-Programm gestartet worden. Seine Kosten belaufen sich auf insgesamt 3 Millionen ECU und erreichen bzw. übersteigen damit das, was außerhalb Europas auf diesem Gebiet getan wird. Die Zusammenarbeit zwischen europäischen Unternehmen bei der Erforschung und Entwicklung der Informationstechnologien wurde auf diese Weise mit der Unterstützung der Gemeinschaft in einem anderen Rahmen dynamisch gefördert. Ich denke dabei auch an CERN, Airbus, Ariane oder JET.

Erst kürzlich haben sich die zwölf größten europäischen Unternehmen auf gemeinsame Informatik-Standards geeinigt. In Fortschreibung dieser Initiative haben sich die Industrieminister auf die Vorgaben für eine gemeinsame Aktion der Zehn auf dem Gebiet der Telekom

munikation geeinigt. Nächsten Monat wollen sie sich in gleicher Weise dem Bereich der Biotechnologie zuwenden, während sich die Wirtschafts- und Finanzminister bemühen werden, die europäische Zusammenarbeit durch eine Reihe von finanz-, rechts- und steuerpolitischen Bestimmungen zu erleichtern.

Fahren wir fort in unserer Bilanz! Wie Sie wissen, wurde von allen Seiten die Forderung erhoben, den Gemeinschaftshaushalt besser in den Griff zu bekommen. Auch hier gelangte der Brüsseler Gipfel zu einer Einigung. Die Ausgaben eindämmen, dürfte aber nicht heißen, die für die Entwicklung der Gemeinschaft unentbehrlichen Ressourcen zu verringern. Daher einigte sich der Brüsseler Gipfel auf eine Anhebung der Obergrenze der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage ab 1. Januar 1986 wenn Spanien und Portugal der Gemeinschaft beitreten von 1% auf 1,4% ich persönlich hätte offen gesagt mehr gewünscht und ab 1. Januar 1988 auf 1,6%.

Ihnen allen sind in diesem Zusammenhang unsere Schwierigkeiten mit dem gegenwärtigen Haushalt bekannt. Ich glaube jedoch nicht, daß die Gemeinschaft gezwungen sein wird, auf ungewöhnliche Mittel zurückzugreifen oder sich einem unzumutbaren Druck zu beugen. Der EWG-Vertrag sieht die Finanzierung der Agrarausgaben vor, und der muß eingehalten werden. Damit bleibt als strittige Frage das, was vornehm mit "Korrektur des Haushaltsungleichgewichts" umschrieben wird, nämlich die aktuelle Diskussion über den britischen Beitrag.

Nach vierjährigen schwierigen Verhandlungen, die immer wieder neu aufgenommen wurden, werde ich mich dazu vorsichtig äußern, zumal bis heute noch keine Einigung erzielt wurde. Die französische Präsidentschaft hat keine Mühen gescheut, um dieses Problem zu lösen, doch hat sie, und hier war sie unerbittlich, vor allem darauf geachtet, daß die Grundsätze der Gemeinschaft, und insbesondere das Prinzip der Gemeinschaftspräferenz, gewahrt bleiben. Sie vertrat daher die Ansicht, daß die Agrarabschöpfungen und Zolleinnahmen, die ihrem Wesen nach der Gemeinschaft zustehen und nicht dem Mitgliedstaat, der sie gerade einzieht und weiterleitet, nicht in die Berechnung der Ausgleichsbeträge einbezogen werden dürfen.

Der Vertrag von Rom, ich darf das hinzufügen, ist wie alle Verträge eine bindende Vereinbarung, und daraus ergibt sich die Zurückweisung des Prinzips des *«juste retour»*.

In Anbetracht der zwangsläufig unterschiedlichen Entwicklung in den zehn Mitgliedstaaten sind zwar aufgrund der uns verbindenden S

olidarität Anpassungen überall dort zulässig, wo ein übermäßiges Ungleichgewicht auftritt, doch nur unter der Bedingung, daß dies im vernünftigen Rahmen einer umgrenzten Regelung und nicht mit der Absicht geschieht, heimlich den Vertrag zu ändern. Darum ging es in der Diskussion, die bis heute keinen Abschluß gefunden hat und auch nicht finden wird, solange zu befürchten steht, daß unser gemeinsames Gesetz in Frage gestellt wird.

Trotz alledem ist die Gemeinschaft lebendig und tätig. Allein die Aufzählung dessen, worüber wir uns in den letzten zwei Monaten einigen konnten, ist ein Beweis dafür. Sie hat vor allem darauf möchte ich noch ausführlicher eingehen den Beitrittsprozeß Spaniens und Portugals unwiderruflich in Gang gesetzt.

Jedermann erkennt nicht nur wegen der mutigen Rückkehr dieser beiden Länder zur Demokratie, sondern auch einfach deshalb, weil sie in jeder Hinsicht zu Europa gehören und die Leugnung dieser Tatsache eine Mißachtung ihrer Geschichte und künftigen Entwicklung wäre, daß diese politische Notwendigkeit Fragen aufwirft. Werden wir nicht die Spannungen verschärfen, den Zusammenhalt der derzeitigen Gemeinschaft lockern? Oder ist es vorstellbar, daß die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Integration jetzt auf lange Sicht erfüllt sein werden?

Man kann es sich leicht machen: von vornherein ja sagen zur Erweiterung, um den Beitrittskandidaten gefällig zu sein, ohne die praktischen Konsequenzen zu ziehen, oder, komme was da wolle, nein sagen und jede Prüfung ablehnen. Wir sollten diese bequemen Lösungen von uns weisen. Sicherlich würde Europa verlieren, wenn die Gemeinschaft mit zunehmender Vergrößerung eine Art Freihandelszone würde, der weitere Länder beizutreten wünschen.

Denken wir zurück an die letzten Erweiterungen der Gemeinschaft, und hüten wir uns davor, die heikelsten Diskussionen auf später zu vertagen.

Wie dem auch sei, ich habe die Hoffnung, daß wir vor Ende September dieses Jahres eine Antwort auf die Frage der Erweiterung finden werden, die positiv sein wird und am 1. Januar 1986 konkretisiert werden kann. Voraussetzung dafür ist eine nüchterne, vergleichende Prüfung der Volkswirtschaften, eine Harmonisierung der Sozial- und Steuersysteme, die gegenseitige Anerkennung loyaler Wettbewerbsregeln und natürlich auch ein Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen in die Praxis. Das erfordert auch, daß sich die bestehende Gemeinschaft darum bemüht, zuvor ihre eigenen Mechanismen zu sa

nieren und sich insbesondere auf der Grundlage der integrierten Mittelmeerprogramme darauf vorzubereiten, die südländischen Produkte genauso zu behandeln wie die der nördlicheren Breiten.

Die Erzeuger ihrerseits müssen verstehen, daß man sich nicht einerseits auf die Marktgesetze berufen und hemmungslos unbegrenzte Mengen produzieren kann, während man andererseits hinter diesen Gesetzen in Form der Preisgarantien Schutz sucht. Auf jeden Fall kann ich feststellen, daß in zwei Kapiteln, die noch nicht angesprochen worden waren, entscheidende Fortschritte erzielt wurden: in der Landwirtschaft und in der Fischerei.

Über diese Diskussionen hinaus aber hat sich der Brüsseler Rat auf neue Schritte in weiteren Richtungen festgelegt. So wurden zum Beispiel Richtlinien zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse verabschiedet, ein Instrumentarium für eine gemeinsame Handelspolitik geschaffen, rechtzeitig Fischerei-Quoten für 1984 festgelegt und die Quoten für die Stahlindustrie um zwei Jahre verlängert. Die Achte Richtlinie zum Gesellschaftsrecht wurde gebilligt; über den sozialen Teil der notwendigen Umstellung in der Kohleindustrie und über sogenannte Pilotforschungsprojekte wurde Einvernehmen erzielt, und nach drei Jahren eingehender Verhandlungen ist die Reform des Regionalfonds beschlossene Sache.

Nach Überwindung unablässiger Streitigkeiten liegt nun also ein weites Feld von Initiativen vor uns.

Trotz des Zollabbaus gibt es beispielsweise noch zu viele Hemmnisse, die die Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft behindern.

Wie viele Kontrollen, wie viele Formalitäten verärgern immer noch diejenigen, die ihnen ausgesetzt sind, und sind für die Öffentlichkeit unverständlich!

Ich weiß, welches Interesse Ihr Parlament dieser Frage entgegenbringt. Deshalb sollen im Juni im Rat Vorschläge für eine Verkehrspolitik vorgelegt werden, die zu einer flüssigeren Grenzabfertigung und einer besseren Unterstützung der großen Infrastrukturvorhaben führen sollen. Was entspricht unseren Grundsätzen mehr als freies Kommen und Gehen, freier Handel und Austausch!

Nach meinem Amtsantritt hatte ich auf der Ratstagung in Luxemburg 1981 vom "Europäischen Sozialraum" gesprochen. Denn wie sollte man einen Gemeinsamen Markt aufbauen, in dem Güter frei zirkulieren, wenn die Produzenten unter völlig unterschiedlichen Bedingungen arbeiten müssen? Da der Gemeinsame Markt existiert, ist es mehr als wünschenswert, daß sich die Vertreter der Arbeitnehmer auf dieser Ebene ebenso organisieren wie die Unternehmen und die Regierungen.

Das wird, so hoffe ich, erreicht sein, wenn im kommenden Monat der Rat der Sozialminister das, mittelfristige gemeinschaftliche Aktionsprogramm aufgestellt hat, um es dann, wie in Brüssel vereinbart, dem Europäischen Rat vorzulegen. Konkreter gesagt, eben dieser Ministerrat muß die kaum begonnene Arbeit fortsetzen, um dem Übel Einhalt zu gebieten, unter dem unsere Gesellschaft leidet: der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, und zwar durch eine dem Bedarf besser entsprechende Berufsausbildung.

Er wird sich mit Empfehlungen zur Neugestaltung der Arbeitszeit zu befassen haben und Orientierungen zu den sozialen Implikationen der neuen Technologien festlegen, wobei er die Stellungnahmen der Sozialpartner im Rahmen des Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen berücksichtigen wird. Selbstverständlich wird dazu auch der Europäische Gewerkschaftsbund gehört werden.

Der natürliche Lebensraum verdient ebenso große Beachtung. Nationale Grenzen haben noch weniger Daseinsberechtigung, wenn es um den Schutz der Umwelt geht. Trotzdem stehen dem gesunden Menschenverstand noch immer Denkgewohnheiten und nationale Empfindlichkeiten im Wege.

Der Rhein berührt oder durchfließt drei Länder der Gemeinschaft, und was die Umwelt im einen verschmutzt, schadet dem anderen gleichermaßen.

Trotzdem stößt diese Überlegung immer noch weitgehend auf taube Ohren: Der Rhein und seine Nebenflüsse bringen Tieren und Pflanzen weiterhin den Tod und bedrohen die Gesundheit der Menschen.

Der saure Regen hat die deutschen Wälder tiefgreifend verändert. Er greift jetzt auch auf die Wälder der Vogesen über und erreicht im Norden die skandinavischen Länder. Aus anderen Gründen sind auch die Wälder des Mittelmeerraums bedroht.

Kein Land ist sicher vor dieser modernen Epidemie. Wer wird dieser Geißel Einhalt gebieten? In Brüssel ist eine Richtlinie zu industriellen Umweltschadstoffen verabschiedet worden. Die Einführung strenger Bestimmungen gegen die Ableitung giftiger und gefährlicher Abfälle muß beschleunigt werden.

Auch die Verringerung des Bleigehalts im Benzin steht im Mittelpunkt zäher Verhandlungen. Das Ziel ist klar – sind wir nun klug genug, es ohne weiteren Aufschub anzusteuern? Ich wage nicht, das zu behaupten.

Soweit zur nächsten Zukunft, dem gewohnten Gemisch von Licht und Schatten, von Vorwärtsdrängen und Stillstand.

Wir müssen unseren Blick jedoch über den Gemeinsamen Markt hinaus richten.

Wozu dient Europa? Diese Frage bedarf einer Antwort, weil wir sonst am Ende unsere Identität, unsere Daseinberechtigung und die Beweggründe unseres Handelns verlieren.

Europa hatte einen überragenden Anteil an der eindrucksvollen Entwicklung der modernen Wissenschaft. Sollte es nun der Entwicklung neuer Technologien hilflos gegenüberstehen und unfähig sein, sich aus der Krise zu befreien, um wieder seinen alten Rang einzunehmen, die Formen seiner alten Zivilisation zu erneuern und sich auf seine Werte zurückzubedenken? Sollte Europa, dem mehr als zwei Drittel der freien Nationen angehören, nicht fähig sein, seine Institutionen zu konsolidieren und, wenn es darum geht, geschlossen als Kraft des Friedens und des Gleichgewichts zwischen den Mächtigsten der Welt, als Kraft der Gerechtigkeit und des Fortschritts zwischen Norden und Süden auftreten? Nein, das darf nicht sein.

Allerdings muß sich Europa voll bewußt werden, was im kommenden Jahrhundert wirtschaftlich, kulturell und politisch auf dem Spiel steht.

Vier Beispiele noch: Zunächst die Elektronik. Europa stellt für sei

ne Forschung mehr Mittel bereit als Japan oder die Vereinigten Staaten von Amerika. Aber jedes Land Europas wacht eifersüchtig über seine technischen Errungenschaften und erliegt dadurch dem amerikanischen und japanischen Druck. Die Versuchung zu protektionistischem Verhalten wird an Boden gewinnen, oder aber Europa wird, wenn es erwacht, den Kampf verloren haben, der für alle anderen entscheidend ist. Die Versuche eines industriellen Zusammengehens sind bisher gescheitert. Müssen die Staaten jetzt nicht darauf drängen? Die Modernisierung der Industrie ist nicht dadurch zu erreichen, daß man einfach die Ausrüstungen kumuliert, sondern man muß dazu auch die neuen Finanzierungsmöglichkeiten nutzen, wie die der Europäischen Investitionsbank und des Neuen Gemeinschaftlichen Finanzierungsinstruments.

Mein zweites Beispiel: Die Eroberung des Weltraums. Der Moment der Entscheidung ist hier schneller gekommen, als wir glaubten, und vielleicht auch, als wir wünschten. Zunächst einmal aufgrund unserer eigenen Erfolge im Bereich der Trägerraketen wie bei den Satelliten. Aber wenn man in das industrielle Stadium eintreten will, setzt das eine Aufteilung der Aufgaben und der Investitionen voraus. Wenn wir uns auf eigene Vorhaben stützen können, wird es für uns auch leichter, Angebote der Vereinigten Staaten für das Projekt einer zivilen Raumstation zu prüfen. Müßte nicht Europa, wie ich kürzlich auch in Den Haag gesagt habe, seine Bemühungen an erster Stelle in den Dienst der eigenen Sache stellen? Eine Raumstation ist für Europa realisierbar. Es hat dafür die technischen und finanziellen Möglichkeiten, und wenn es auch vermessen ist, der Entwicklung über das Absehbare hinaus vorzugreifen, so lehrt uns doch die industrielle Erfahrung, daß das, was in fünfzehn Jahren realisiert werden soll, sofort in Angriff genommen werden muß.

Der Verkehrsbereich liefert mir das dritte Beispiel. Kürzlich wurden Vereinbarungen getroffen zur Aufstockung der gemeinschaftlichen Kontingente im Straßengüterverkehr, über die Zusammenarbeit der Eisenbahnen und die Sicherheit im Straßenverkehr. Es empfiehlt sich, unverzüglich noch darüber hinauszugehen. Ein umfassendes Programm für die Ausrüstung der Eisenbahnen, die im Schnellverkehr eingesetzt werden, wird die Distanzen verringern und die Europäer einander näherbringen.

Viertes Beispiel: Unsere Kultur. Wenn wir uns nicht einigen, haben wir es uns selbst zuzuschreiben, wenn wir von einer Bilder- und Wortflut von draußen überschwemmt werden.

Es fehlt nicht an Plänen, die alle innerhalb unserer Reichweite liegen. Ich zähle auf: Warum nicht ausgehend von einem deutsch-französischen Satelliten ein europäisches Fernsehnetz, das den Progr

ammgestaltern aller interessierten Mitgliedstaaten offensteht? Eine n gemeinsamen Unterstützungsfonds für die Programmindustrie, der die schwierige Aufgabe zufällt, den zahllosen Netzen, die uns umgeben, einen Inhalt zu vermitteln? Einen kohärenten Plan für den Unterricht in den europäischen Sprachen?

Europa-Universitäten, die sich durch den ständigen Austausch von Forschern und die Gleichwertigkeit der Studienabschlüsse auszeichnen? Die europäische Kulturstiftung?

Ich bin z.B. stolz darauf, daß sich mitten im Herzen von Paris das von Giorgio Strehler angeregte Europatheater niedergelassen hat.

Alle Ihre Länder können beneidenswerte Erfolge aufweisen, aber keines verfügt über einen ausreichenden Markt. Europa bietet sich dafür an. Es sollte sich damit befassen und die erforderlichen Schritte unternehmen!

In einem Punkt hält Europa jedoch wenn ich so sagen darf instinktiv zusammen: Wenn es um die Menschenrechte geht. Mit der Unterzeichnung des Artikels 25 der Europäischen Konvention ist mein Land zu seiner ursprünglichen Tradition zurückgekehrt. Aber wir sind alle über die ständige Zunahme des Terrorismus und der Unterdrückung in fast allen Ländern beunruhigt. Ihr Parlament ist immer wieder für die Wahrung der Grundsätze, die die Freiheit begründet haben, eingetreten. Gestern noch hat es eine EntschlieÙung zugunsten von Andrej Sacharow verabschiedet, dessen Schicksal uns allen vor Augen steht.

Es ist leider immer noch so, daß jeden Tag überall in der Welt Menschen aufgrund dessen, woran sie glauben, was sie lieben und was sie sind, Leiden und Verfolgungen ausgesetzt sind. Der Zeitpunkt ist gekommen, ein Wort zu wiederholen, das uns vor nicht allzu langer Zeit zusammengeführt hat: Widerstand, ja, Widerstand gegen die Gewalt!

Ich kenne kein Thema, in dem sich die Völker Europas ihren Vertretern näher fühlen. Ja, unser Europa ist eine Gemeinschaft des Rechts, das ist unser Stolz. Am deutlichsten wird dies veranschaulicht durch den Gerichtshof, der in einer bislang einzigartigen Synthese von Rechtssystemen unterschiedlicher Entstehung eine europäische Rechtsordnung schafft.

Eine weitere Dimension: die Stellungnahmen der Zehn zum Weltgeschehen.

Niemand hat im Handel mit der dritten Welt soviel Ideenreichtum und Ausdauer gezeigt wie Europa. Um Lomé III vorzubereiten, hat die Konferenz von Suva zu Beginn dieses Monats eine Annäherung der Standpunkte ermöglicht, und man muß vorhersehen, daß die letzten Entscheidungen am 28. und 29. Juni in Luxemburg erfolgen und das zukünftige Abkommen somit endgültig abgefaßt werden kann.

Die Bedeutung eines solchen Abkommens ist um so größer, als die internationale Finanzhilfe gegenwärtig rückläufig ist und sich die Lage der armen Länder – ich denke hierbei insbesondere an Afrika – durch die Auswirkungen des Klimas, der Krise, der Verschuldung, der Anarchie der Märkte, der Last der Zinsraten und der Währungsschwankungen weiter verschlechtert.

Der Europäische Rat hat entsprechende Entschlüsse zu den Problemen, die das Weltgeschehen beherrschen, verabschiedet: Naher und Mittlerer Osten, Mittelamerika, südliches Afrika, Afghanistan, Kambodscha und viele andere Themen. Er hat dazu beigetragen, das zarte Band zu erhalten, das von der Konferenz von Helsinki bis zur Konferenz von Stockholm den Dialog zwischen dem Osten und Westen unseres Kontinents aufrechterhält. Er hat die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den sieben befreundeten EFTA-Ländern verstärkt. Es lag nicht in seinem Aufgabenbereich, auf die insbesondere in jüngster Zeit häufig zum Ausdruck gebrachten Forderungen nach einem gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungssystem einzugehen. Ich spreche im eigenen Namen, wenn ich hier wie in Den Haag diese Perspektive in Erinnerung rufe, um die damit verbundenen außerordentlichen Schwierigkeiten und zugleich deren Notwendigkeit hervorzuheben.

Die Zeit, in der es für Europa kein anderes Schicksal gab, als von anderen aufgeteilt und geteilt zu werden, rückt immer mehr in die Vergangenheit. Die zwei Worte "europäische Unabhängigkeit" haben heute einen neuen Klang. Dies ist eine Tatsache, die unser Jahrhundert, das seinem Ende entgegengeht, stets vor Augen haben wird – davon bin ich überzeugt.

Die bevorstehende Europawahl bietet eine Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und neue Initiativen zu ergreifen. Die Gemeinschaftsinstitutionen sind mit vielerlei Mängeln behaftet. Keiner dieser Mängel ist

für sich genommen untragbar, aber durch ihr Zusammentreffen entsteht ein ständiger und allgemeiner Zwang, dessen Preis wir unablässig zu bezahlen haben.

In erster Linie ist hier das Prinzip der Einstimmigkeit zu nennen, dessen Anwendung viel weiter getrieben wird, als die Verträge dies gebieten und selbst weiter als dies der "Luxemburger Kompromiß" vorsah.

Wie kann ein komplexes und vielschichtiges Gefüge, wie es die Gemeinschaft geworden ist, nach den Regeln des Reichstags des alten Königreichs Polen verfahren, in dem jedes Mitglied eine Entscheidung verhindern konnte?

Man weiß, zu welchem Ende dies geführt hat. Es ist Zeit, zu einer normaleren Praxis zurückzukehren, die größere Möglichkeiten eröffnet. Die französische Regierung, die die Anregung zu diesem Kompromiß gab, hat bereits vorgeschlagen, die Anwendung dieser Bestimmung auf Einzelfälle zu beschränken. Die Zunahme der Abstimmungen über wichtige Fragen kündigt die Rückkehr zu den Verträgen an. Die Bestimmung über die Einstimmigkeit ist jedoch nicht die einzige Schwierigkeit, mit der sich der Ministerrat konfrontiert sieht.

Es gibt außerdem eine viel zu ungleichmäßige Aufteilung der täglichen Verwaltungsaufgaben zwischen der Kommission, dem Ausschuß der Ständigen Vertreter und dem Ministerrat, dem auf diese Weise ein Teil seiner politischen Verantwortung, die ihm nach den Verträgen zusteht, entzogen wird. Dadurch wird der Europäische Rat zu einer dauernden Berufungsinstanz, d.h. einer ersten Instanz in der Abwicklung der laufenden Angelegenheiten. Dies ist ganz sicherlich nicht seine Aufgabe.

Wir sollten der Kommission ihre Autorität zurückgeben.

Dem Ministerrat sollten wir wieder die Möglichkeit geben, die Politik zu betreiben, deren Leitlinien der Europäische Rat bestimmt. Dieser wiederum sollte ein ständiges Sekretariat für die politische Zusammenarbeit erhalten.

Es gibt Klagen das ist mir bekannt über die unzulänglichen Beziehungen zwischen dem Rat und Ihrem Parlament. Lassen Sie uns die

sen Mangel beheben, indem wir gemäß den von den Mitgliedstaaten in der feierlichen Erklärung von Stuttgart unterzeichneten Verpflichtungen eine Reform des Konzertierungsverfahrens vorschlagen.

Lassen Sie uns schließlich über die beste Möglichkeit nachdenken, der Präsidentschaft der Gemeinschaft eine stärkere Kontinuität zu verleihen.

Europa war zu jeder Zeit ein vielfältiges Gebilde. Es hat sich stufenweise entwickelt und je nach seinen Bedürfnissen die Institutionen eingesetzt, die ihm zum jeweiligen Zeitpunkt am geeignetsten erschienen, wobei es die Notwendigkeit einbezog, ihre wechselseitigen Beziehungen zu verändern. Gewisse Bezugspunkte müssen jedoch erhalten bleiben. Daher ist es unerlässlich, den Grundvertrag zu konsolidieren, der die europäischen Länder verbindet und ihre Rechtsgrundlage darstellt, d.h. den Vertrag von Rom. Diese Initiative führt uns jedoch bereits über diesen Vertrag hinaus in Bereiche, die er nicht abdeckt. Ich denke an das Erziehungs- und Gesundheitswesen, an die Justiz, die Sicherheit und den Kampf gegen den Terrorismus. Was stellen wir aber fest?

Man hat von einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten oder einem Europa mit "variabler Geometrie" gesprochen. Dieses Konzept, das eine Realität widerspiegelt, drängt sich auf. Man muß dafür sorgen, daß es die Zentralstruktur, die die Gemeinschaft bleibt, ergänzt und nicht zu einem konkurrierenden Faktor wird.

Jedesmal, wenn sich derlei Probleme gestellt haben, hat Europa eine neue Institution geschaffen – den Europäischen Rat –, einen neuen Rechtsakt verabschiedet, der der Praxis Rechnung trägt –, das Europäische Währungssystem oder die politische Zusammenarbeit gemäß der feierlichen Erklärung von Stuttgart –, einen von den nationalen Parlamenten ratifizierten Vertrag abgeschlossen – das Abkommen von Lomé. Und nun ermutigt uns Ihr Parlament, diesen Weg fortzusetzen, und legt uns den Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union vor.

Diejenigen unter uns, die sie befürworteten, werden die gleiche Methode wie bisher befolgen. Einer neuen Situation muß ein neuer Vertrag entsprechen, der, wohlgemerkt, nicht die bestehenden Verträge ersetzen soll, sondern sie ausdehnen soll auf Bereiche, die sie nicht abdecken. Das politische Europa ist ein Beispiel dafür. Frankreich, meine Damen und Herren, ist zu diesem Schritt bereit.

Ich spreche im Namen meines Landes, wenn ich erkläre, daß wir bereit sind, Ihren Entwurf, dessen Grundgedanken wir zustimmen, zu prüfen und zu vertreten.

Ich schlage zu diesem Zweck vor, vorbereitende Gespräche in Angriff zu nehmen, die zu einer Konferenz der beteiligten Mitgliedstaaten führen könnten. Der Entwurf für die Europäische Union und die feierliche Erklärung von Stuttgart würden als Grundlage für diese Arbeiten dienen.

Das sind die Überlegungen, meine Damen und Herren, zu denen mich meine Erfahrungen als Europäer und mein Amt als Präsident des Europäischen Rates veranlassen.

Ich bin davon überzeugt, daß all dies eines Tages verwirklicht wird, weil es den Bedürfnissen unserer Jugend entspricht und weil es der Preis für unsere Unabhängigkeit, die unserer Heimatländer und die Europas ist. Mein Vertrauen in unsere Geschichte ist zu groß, um den Gedanken zuzulassen, daß wir uns jemals dem Untergang überlassen könnten, dessen beunruhigendes Anzeichen der unannehmbare demographische Rückgang ist.

Aber dies darf nicht zu spät geschehen. Unsere vorrangige Aufgabe, die auch die Ihre ist, besteht daher darin, dem Unvermeidlichen zuvorzukommen, das Unwahrscheinliche zustande zu bringen, die Hoffnungen zu verwirklichen und dafür zu sorgen, daß eine große Zivilisation, der wir angehören, neu belebt wird, um weiter fortzubestehen.